

Zur Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen

Erörtern Sie, ob die neue Ostpolitik ein erster Schritt in Richtung Wiedervereinigung oder ein Verrat an nationalen Interessen darstellte. Gehen Sie in Ihrer Argumentation auf die historischen Hintergründe und unterschiedlichen Positionen (Quellen) auch aus heutiger Sicht ein.

Gliederung

- I. Die deutsch-deutsche Situation nach dem Krieg
- II. Die neue Ostpolitik
 - 2.1. gedankliche Umschwünge
 - 2.2. wichtige Schritte zur deutsch-deutschen Annäherung
- III. Erörterung der neuen Ostpolitik
 - 3.1. Verrat an nationalen Interessen
 - 3.2 Wandel durch Annäherung
 - 3.3 Die Bedeutung der neuen Ostpolitik aus heutiger Sicht
- IV. Zusammenfassung der Bedeutung der neuen Ostpolitik

Im Mai 1945 endete der zweite Weltkrieg mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands. Dieser Krieg hatte nicht nur tausende Tote und Verletzte gefordert, sondern auch die Einheit Deutschlands. Nach der Einteilung des ehemaligen Deutschen Reiches in Besatzungszonen entstanden zwei neue Staaten: die BRD und die DDR.

Beide entstanden aus unterschiedlichen Demokratieverständnissen und entwickelten sich zuerst in völlig unterschiedliche Richtungen. Die ersten zwanzig Jahre der deutsch-deutschen Beziehungen von 1949 bis 1969 waren geprägt von gegenseitiger Ablehnung. Mit der Zeit bekam die Ostpolitik in der BRD allerdings eine neue Bedeutung und das Ziel verschob sich von der Isolierung der DDR zu „Wandel durch Annäherung“.

Im nachfolgenden Text möchte ich unter Einbeziehung historischer Hintergründe die Bedeutung der neuen Ostpolitik erörtern, um herauszufinden, ob dieser Wandel in der Außenpolitik der BRD ein erster Schritt in Richtung Wiedervereinigung darstellte. Nach dem zweiten Weltkrieg entstand eine Spannung, die aus den Gegensätzen der kapitalistischen, westlich orientierten und den kommunistisch orientierten Ländern hervor ging. Die Vertreter der Zwei-Lager-Theorie empfanden die Gegensätze der beiden „Lager“ als zu groß, um eine Zusammenarbeit bewerkstelligen zu können. Beide warfen sich gegenseitig ein falsches Demokratieverständnis und weltherrschaftliche Ziele vor. US-Präsident Harry Truman sah sogar eine Pflicht der USA in der Bekämpfung des kommunistischen Einflusses und der Unterdrückung europäischer Staaten durch die Sowjetunion. Dieser außenpolitische Handlungsgrundsatz, die Truman-Doktrin war der Beginn der amerikanischen Eindämmungspolitik und erhöhte die Spannung zwischen der USA und der Sowjetunion. Der entstehende „Kalte Krieg“ hatte großen Einfluss auf die Entwicklung Europas und der beiden deutschen Staaten.

Die BRD, die aus der britischen, französischen und amerikanischen Besatzungszone hervorging, verankerte in ihrem Grundgesetz den Alleinvertretungsanspruch für das gesamte Deutsche Volk und erklärte die Wiedervereinigung zum Staatsziel. Die kommunistische und von der Sowjetunion unterstützte DDR vertrat ebenfalls den Anspruch auf die alleinige politische Vertretung des deutschen Volkes und sah die Zukunft Westdeutschland ebenfalls im Sozialismus. Später sahen sie allerdings dieses Ziel für unerreichbar an und verlagerte ihre Interessen auf die Anerkennung der DDR als souveränen Staat.

Die Ostpolitik der BRD spiegelte das Ziel der Wiedervereinigung unter der Führung der BRD wieder. Am Anfang versuchte man die DDR außenpolitisch zu isolieren und sie so zum Beitritt zur BRD zu zwingen. Die Hallstein-Doktrin war zu dieser Zeit das außenpolitische Grundsatzprogramm der Bundesrepublik und hatte genau das zum Ziel. Man brach die diplomatischen Beziehungen zu allen Staaten ab, die die DDR anerkannten und mit ihr in Beziehung traten. Das führte zwar zu einer außenpolitischen Isolierung der DDR, vor allem in westlicher Richtung, schränkte aber auch die BRD in ihren Handlungen ein, da sie selbst diplomatische Beziehungen aufgeben mussten.

Während dieser Zeit versuche die BRD die Wiedervereinigung durch eine Isolierung des zweiten deutschen Staates zu erzwingen. Mit dem Regierungswechsel 1969, bei dem die CDU von der SPD abgelöst wurde entstand ein Umschwung in der Ostpolitik. Der neue Bundeskanzler Willy Brandt forderte einen „Wandel durch Annäherung“. Man sollte den Status quo akzeptieren und die Trennung anerkennen, um diplomatische Beziehungen zur DDR aufnehmen zu können. Die BRD sollte eigenständig für die Wiedervereinigung kämpfen und auch zu osteuropäischen Ländern Beziehungen aufbauen.

Zu erreichen versuchte man das durch zahlreiche Verträge, die das Verhältnis und die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten sichern sollten. Der „Moskauer Vertrag“ zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion erklärte die Unverletzlichkeit der Grenzen und die damit einhergehende Anerkennung der Teilung. Das „Viermächteabkommen“ und das „Transitabkommen“ regelten den Status Berlins und die Garantie der Verbindungswege zwischen Westberlin und der BRD. Das kurz darauf folgende „Verkehrsabkommen“ zwischen der BRD und der DDR erleichterte den Grenzverkehr für Bürger der Bundesrepublik und ermöglichte es DDR-Bürgern die Ausreise nach Westdeutschland bei familiären Anlässen. Der Grundlagenvertrag besiegelte dann die gleichberechtigte Zusammenarbeit und die Souveränität der beiden Staaten, ohne allerdings die DDR völkerrechtlich anzuerkennen. Dieser Vertrag bildete die Grundlage für weitere Ereignisse wie dem Beitritt zur UNO, der KSZE oder den Milliardenkrediten der BRD an die DDR dar.

Diese neue Ostpolitik spaltete die Gesellschaft der Bundesrepublik. Einige erkannten darin einen ersten Schritt in Richtung Einheit, andere dagegen den Verrat der nationalen Interessen, wie zum Beispiel die CDU/CSU-Opposition.

In der Stellungnahme von Freiherrn von und zu Gutenberg, einem CSU-Abgeordneten, werden die Zweifel der Opposition deutlich. In seinen Augen wird die neue Ostpolitik der Sowjetunion die Vorherrschaft in Europa erlauben. Er argumentiert damit, dass die Anerkennung der Teilung gleichbedeutend sei mit der Anerkennung und Unterstützung der kommunistischen Unterdrückung. Diese Legitimierung der „Friedensstörer“ entspricht seiner Meinung nach nicht dem Demokratieverständnis der BRD. Es würde ein „Scheinfrieden“ entstehen, der dazu führen würde, dass die NATO und die USA das deutsch-deutsche Problem als gelöst betrachten würden und ihren Schutz gegen die sowjetische Unterdrückung abbauen würden, was „dieser den Weg öffnen würde, hinein ins freie Europa.“ Durch diese Anerkennung der Macht und Gewalt der Sowjetunion würde eine Wiedervereinigung unmöglich werden und das in der Verfassung verankerte Staatsziel der deutschen Einheit wäre nicht mehr erreichbar.

Der SPD-Politiker, Bundeskanzler und „Ursprung“ dieser neuen Ostpolitik, Willy Brandt, sieht in der Annäherung die einzige Möglichkeit zur Wiedervereinigung. Seiner Meinung nach muss die „Verkrampfung“ gelöst werden, die zwischen der DDR und der BRD herrscht um ein „weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation“ zu verhindern. Aufgrund des in der Verfassung angelegten Alleinvertretungsanspruches und dem Staatsziel der Wiedervereinigung wäre eine völkerrechtliche Anerkennung verfassungswidrig und steht auch für Brandt außer Frage. Er sieht in seiner neuen Ostpolitik nicht nur ein deutsches sondern auch ein gesamteuropäisches Interesse, da die deutsch-deutschen Beziehungen auch Einfluss auf den Ost-West-Konflikt nehmen. Aus seiner Sicht ist die neue Ostpolitik ein erster Schritt in Richtung Wiedervereinigung und vertritt sowohl nationale als auch internationale Interessen. Er will dadurch das Auseinanderdriften der beiden Staaten verhindern und so die Wiedervereinigung ermöglichen. Betrachtet man das Ganze aus heutiger Sicht, ist es möglich Ereignisse und Entwicklungen in die Beurteilung der neuen Ostpolitik mit ein zu beziehen. Die Karikatur, bestehend aus drei Bildern, zeigt die Entwicklung der geteilten Gesellschaft. Sind die beiden Männer 1945 nur von einer kleinen schmalen Mauer getrennt, wird diese im Laufe der Jahre immer höher und dicker. Auf dem ersten Bild bezeichnen sich die Männer mit „Bruder“ und versuchen sich über die Mauer hinweg zu erreichen. Im zweiten Bild sprechen sie sich mit „Mein lieber Vetter“ an und sitzen einander zugewandt, wenn auch durch die Mauer

getrennt. Im dritten Bild betrachten sie einander nur noch als „irgendeinen entfernten Verwandten“ und haben sich den Rücken zugewendet. Diese Karikatur zeigt die Auseinanderentwicklung der DDR und der BRD, die sich über die Jahre verstärkt, bis man den Bezug zu einander verliert. Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken war die neue Ostpolitik notwendig. Die Probleme, die die CDU/CSU-Opposition sah, erwiesen sich in den Folgejahren als unbegründet. Die Angst vor der Sowjetisierung Europas wurde entkräftet, da die „neuen“ Beziehungen immer noch spannungsgeladen und die Illusion des „Scheinfriedens“ nicht stabil waren, sodass weder NATO noch USA ihre Schutzmaßnahmen aufgaben. Zwar war der Alleinvertretungsanspruch und das Ziel der Wiedervereinigung in der Verfassung verankert und die Anerkennung der Teilung für viele ein Verrat der Verfassung, dennoch sehe ich in der neuen Ostpolitik eher die Vertretung der nationalen Interessen. Die Verträge zu Annäherung waren die Grundlage weiterer Ereignisse die zur Wiedervereinigung führten. Im Grundlagenvertrag war zum Beispiel der Beitritt zur UNO und die Teilnahme an der KSZE verankert. Die Unterzeichnung der KSZE-Akte und der darin enthaltenen Sicherung der Menschenrechte war für die DDR der „Anfang vom Ende“. Viele Jahre später legitimierte dies Demonstrationen in der DDR, da die Bürger die Gefährdung der ihnen zustehenden Rechte erkannten. Zwar wusste Brandt zum Zeitpunkt der Entstehung der neuen Ostpolitik noch nichts von den folgenden Entwicklungen, doch aus heutiger Sicht kann man den „Wandel durch Annäherung“ als ersten Schritt Richtung Einheit sehen. Die neue Außenpolitik schmälerte die Kluft zwischen BRD und DDR, machte die Wiedervereinigung durch Reiseerleichterungen ein bisschen greifbarer für die Bürger der beiden Staaten, weckte in den Menschen wieder den Wunsch nach Einheit und war die Grundlage für weiterer entscheidender Ereignisse auf dem Weg zur Wiedervereinigung.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die neue Ostpolitik für einige Menschen wie ein Verrat der eigenen Interessen wirkte, da der Kontrast zu der vorhergehenden, durch Ablehnung geprägten Außenpolitik sehr groß war. Trotzdem stellte diese Entwicklung den Beginn des Weges zur Wiedervereinigung dar, der in kleinen Schritten und durch viele Erfolge schließlich sein Ziel erfüllte.